

Nordschwarzwald (ko). Der Planungsverband der Region soll aufzeigen, wo es in der Region noch nutzbare Gewerbeflächen-Potenziale gibt. Nach kontroverser Diskussion folgte der Planungsausschuss des Regionalverbands diesem von der CDU-Fraktion initiierten Ansinnen. Es werde nämlich, so argumentierten die Antragsteller, immer komplizierter, neue Flächen für gewerbliche und industrielle Nutzung auszuweisen.

Dieser vom CDU-Fraktionsvorsitzenden Günter Bächle (Mühlacker) begründete Antrag lag ganz auf der Wellenlänge des Planungs- und Verbandsdirektors Dirk Büscher, der nach eigenem Bekunden seit sechsjähriger Dienstzeit im Verband die Suche nach neuen Flächen in Mühlacker mitverfolgt habe oder seit vier Jahren auch in Calw. „Es gilt, Impulse zu setzen, wo-

hin die Entwicklungen gehen können“, meinte er gestern zum CDU-Vorstoß. Auch Pforzheim habe da seine Probleme, allein die Mittelzentren im Süden der Region, wie Nagold und Freudenstadt, seien da „besser positioniert“.

Interessant dabei freilich – oder auch pikant: In dieselbe Richtung zielte vor exakt vier Jahren ein Vorstoß des Verbandsdirektors, vorhandene und geplante Potenziale in der Region „in enger Abstimmung mit den Kommunen“ zu erfassen.

Dies wollte er per Fragebogen bei allen 70 Kommunen ermitteln. Aber damals tat ausgerechnet der Verfasser des aktuellen Antrags solches Ansinnen als „Beschäftigungstherapie“ ab.

Dabei wies Büschers Antrag 2010 auffallend viele Parallelen zum aktuellen CDU-Antrag auf,

etwa Schwerpunkte in Richtung Interkommunaler Gewerbegebiete (IKG) zu setzen und alle Planungsüberlegungen einvernehmlich mit den tangierten Kommunen anzustellen. Insoweit

Kontrovers diskutiert

Planungsausschuss sucht Flächen für Gewerbe

herrschte nunmehr weitgehende Übereinstimmung zwischen den Fraktionen und der Geschäftsstelle, für eine Kontroverse sorgte dann aber doch eine Formulierung in der zweiten Hälfte des CDU-Antrags, der Verband solle eine „Bedarfsplanung“ für Interkommunale Gewerbegebiete (IKG) erarbeiten. Erst als der Nagolder SPD-Regionalrat Rainer Prewo vorschlug, diesen Begriff in „Bedarfsabschätzung“ abzuwandeln, war auch dieser Teil des Antrags konsensfähig. Bei einer „Bedarfsplanung“ fürchteten vor allem die Freien Wähler um einen Eingriff in die kommunale Planungshoheit.

Reiner Herrmann (Birkenfeld) meinte dazu etwa, dass nicht der Regionalverband IKGs auf den Weg bringe, sondern nur dazu gewillte Gemeinden, wie vor einigen Jahren Birkenfeld gemeinsam mit Keltern.